Worauf wollen wir verzichten?

Autor(en): **Hänggi, Marcel**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **69 (2014)**

Heft 2

PDF erstellt am: **23.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-891157

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Worauf wollen wir verzichten?[1]

Eine echte Wachstumsdebatte kümmert sich nicht um Ausländer, sondern um den eigenen Lebensstil. Ihn müssen wir ändern, wenn wir unsere Umwelt retten wollen.

Marcel Hänggi.[2] Die Wirtschaft muss wachsen! Über kaum ein Ziel ihrer Politik sind sich die Regierungen der Welt so einig wie über dieses. Dafür gibt es gute Gründe: Ohne Wirtschaftswachstum steigt die Arbeitslosigkeit, kollabieren die Sozialwerke, können die Schulden nicht mehr abbezahlt werden. Während die Wirtschaft wächst, und wachsen müsste sie ohne Ende und exponentiell, wächst aber auch die Umweltbelastung, nehmen Stresserkrankungen zu. Während die Artenvielfalt oder die Musse schrumpft und manches nicht grösser wird: der Planet Erde. Oder die Schweiz.

Wir stecken in einem Dilemma: Die Wirtschaft muss wachsen, um unseren Lebensstandard zu sichern. Aber indem sie das tut, zerstört sie unsere Lebensgrundlage. Deshalb brauchen wir eine Wachstumsdebatte. Präziser: Wir müssen darüber reden, wie wir uns langfristig ohne Wirtschaftswachstum organisieren können. Denn im Dilemma zwischen menschgemachten Systemen wie der Wirtschaft, die Wachstum brauchen, und natürlichen Systemen, die Wachstum nicht vertragen, ist klar, auf welcher Seite Kompromisse möglich sind.

Die Wirtschaft lässt sich anders organisieren, die Natur nicht. Das spüren intuitiv viele Menschen: **«Wer glaubt, unendliches Wachstum in einer endlichen Welt sei möglich», sagte der Ökonom Kenneth Boulding, «ist entweder verrückt oder Wirtschaftswissenschafter.»** Doch Probleme, die nur gefühlt werden, ohne dass darüber offen gesprochen wird, lassen sich politisch ausschlachten. Je diffuser das Bewusstsein, umso leichter das Spiel. So steht denn in der Schweiz plötzlich ein Wort wie «Dichtestress» zuoberst auf der politischen Agenda, kann plötzlich eine Partei wie die SVP «Masshalten» predigen – und damit Abstimmungen gewinnen.

Es heisst, die Abschottungsinitiative der SVP habe die Wachstumsfrage gestellt, und die Ecopop-Initiative, über die wir vermutlich im Herbst abstimmen, stelle sie noch einmal. Radikaler, aber mit glaubwürdigerem Absender. Soll man als Wachstumskritiker der SVP und den Ecopop-Initianten also dankbar sein? Im Gegenteil. SVP und Ecopop sabotieren die zaghaften Anfänge einer dringenden Debatte. Seit dem 9. Februar diskutiert die Schweiz ja nicht wirklich über Wachstum, sondern sie streitet darüber, welche Ausländer noch kommen dürfen. Und welche noch kommen sollen, damit wir uns im Schneckenloch nicht in unserem Wohlstand einschränken müssen. Die Ecopop-Initianten möchten ihrerseits die Zuwanderung in die Schweiz noch stärker begrenzen – und gleichzeitig unter den Afrikanern Präservative verteilen, auf dass sie sich nicht mehr vermehren wie die Karnickel.

Wenn in diesen Wochen doch über Wachstum gestritten wird, dann meist in plumper Form. Wie jüngst im Tages-Anzeiger, der zwischen der wachstumsgläubigen «Ehrgeiz-Schweiz» und der wachstumskritischen «Ballenberg-Schweiz» unterschied. Eine progressive Kritik an der Wachstumsgesellschaft geht in dieser Wahrnehmung völlig unter. Aber gibt es das überhaupt, eine progressive Wachstumskritik? Und wovon müsste eine echte Wachstumsdebatte handeln? Auf jeden Fall wäre die Debatte heftig. **Denn das Problem ist dramatisch. Es geht nicht darum, dass wir ein bisschen weniger die Umwelt belasten, ein bisschen weniger Auto fahren, ein bisschen weniger fliegen sollen.**

Es kann nicht alles immer besser werden

Wollen wir einen katastrophalen Klimawandel abwenden (von den anderen Umweltproblemen ganz zu schweigen), müssen wir die Nutzung von Erdöl, Gas und Kohle mittelfristig reduzieren – nicht um 20 oder 30, sondern um 80, 90, 100 Prozent. Öl, Gas und Kohle aber sind die Treiber unserer Wachstumswirtschaft. **Seit es nennenswertes Wirtschaftswachstum gibt, basiert es auf dem zunehmenden Verbrauch fossiler Energieträger.** Man kann das Problem kleinreden. Entkoppeln wir Wachstum von Ressourcenverbrauch, heisst es dann. Wachstum ohne Mehrverbrauch hat es zwar noch nie gegeben, aber was nicht war, kann ja noch werden. Man muss halt die Technik effizienter machen. Tatsächlich ist das Potenzial von Effizienzsteigerungen angesichts vieler Ineffizienzen gross. Aber Energieeffizienz unterliegt physikalischen Gesetzen: Ihr sind Grenzen gesetzt. Immerwährendes exponentielles Wachstum gibt auch die grösste Effizienzsteigerung nicht her.

Wachsen wir also qualitativ: besser statt mehr konsumieren. Schön und gut. Nur kann nicht alles immer besser werden. Wie könnte Kopfsalat (bei zweiprozentigem Wachstum) in 35 Jahren doppelt, in 70 Jahren viermal so gut sein? Anderes, etwa Pflegearbeit, würde besser, wenn Pflegende mehr Zeit hätten – aber das würde die Arbeitsproduktivität senken und wäre damit das Gegenteil von Wachstum, wie es die meisten Ökonomen verstehen.

Man kommt also nicht drum herum: Eine Politik, die den ökologischen Herausforderungen gerecht werden soll, muss das Weniger thematisieren. **Was wir brauchen, ist nicht mehr Energieeffizienz, sind nicht mehr Solarpanels und Windräder, mehr «umweltfreundliche Autos». Sondern weniger Verbrauch.** Das bedingt eine Politik der sogenannten Suffizienz. Doch dem steht ein Totschlagargument entgegen: «Niemand will verzichten.» Und Verzicht erzwingen, das gehe in einer liberalen Gesellschaft schon gar nicht. Mit Verlaub, das ist Unsinn! Die Gleichsetzung von Suffizienz mit Verzicht und von Wachstum mit Wohlstand ist falsch. «Wirtschaftswachstum» meint eine Steigerung des Bruttoinlandprodukts (BIP). Das BIP misst, was gegen Geld umgesetzt wird, aber es ignoriert, was dabei verloren geht. Das ist, als würde ein Unter-

[1] *Dieser Artikel wurde zuerst in der Zeitung «Die Zeit» vom 3. April 2014 veröffentlicht.*

[2] *Marcel Hänggi ist Journalist und Buchautor. Zuletzt erschien von ihm: Ausgepowert. Das Ende des Ölzeitalters als Chance. Rotpunktverlag, Zürich 2011. Sein nächstes Buchprojekt trägt den Titel: Von Menschen und Dingen. Technikgeschichten für das Anthropozän.*

Freiheit, mobil zu sein, oder Zwang zur Mobilität? Wir erschaffen, was wir eigentlich nicht wollen. Verkehrsknotenpunkt in Los Angeles, 2011.

Foto: Neil Kremer auf Flickr

nehmer einen Rekordgewinn verkünden, ohne in seiner Buchhaltung auszuweisen, dass er das Familiensilber verkauft hat.

Wie wollen wir leben?

Nehmen wir als Beispiel das Auto, die Ikone der Wachstumsgesellschaft. Es habe die Menschen mobiler gemacht, heisst es. Dabei wird übersehen, dass der Verkehr Mobilität ebenso sehr erzwingt wie ermöglicht. Schliesst der Quartierladen, weil er mit den grossen Supermärkten mit ihren Parkplätzen nicht mithalten kann, muss ich weiter weg einkaufen. Das bedeutet mehr Verkehr – aber mobiler werde ich dadurch nicht. Zugleich steht das Auto für eine der grössten Verzichtsleistungen moderner Gesellschaften. Man schaue sich alte Fotos an: Da sind die Strassen noch Lebensraum, da wird gespielt, geschwatzt, Handel getrieben. Heute gehört ein Grossteil des öffentlichen Raums dem Auto allein. Kinder wachsen mit motorischen Defiziten auf, Erwachsene leiden an den Folgen von Bewegungsmangel.

Die Wachstumsgesellschaft kennt viele solcher Zwänge, die suffizientes Verhalten erschweren. **Eine intelligente Politik will Suffizienz nicht erzwingen, sondern ermöglichen.** Sie will nicht die Effizienz der Automotoren steigern, um mehr Verkehr aus weniger Erdöl herauszupressen, sondern sie erhöht die Effizienz des Systems, indem sie mehr Mobilität mit weniger Verkehr ermöglicht. Was in diesem Fall bedeutet: Sie bringt die Läden zurück zum Wohnort der Kunden, sie befreit den öffentlichen Raum vom Auto und überlässt ihn wieder den Menschen. Auch eine freiheitliche Politik muss Freiheiten einschränken, wenn die Freiheit des einen die des anderen vernichtet.

Eine progressive Wachstumsdebatte müsste also fragen: Worauf können wir verzichten, worauf wollen wir verzichten – und worauf gerade nicht? Sie stellte die politische Urfrage schlechthin: Wie wollen wir leben? Auch das ist zutiefst liberal: **Der Liberalismus entstand aus dem Glauben, dass die Welt nicht sein muss, wie sie ist, sondern dass es Alternativen gibt. Dabei kommt es aus ökologischer Sicht nicht darauf an, wie viele Menschen es gibt, sondern darauf, wie viel die Menschen verbrauchen. An Land, Energie oder Material.** Hier muss die Umweltpolitik ansetzen: Sie limitiert den Flächenverbrauch (Raumplanungsgesetz), das Verkehrsvolumen (Alpeninitiative, Städteinitiativen), den Kohlenstoffverbrauch (CO_2-Gesetz), den Energieverbrauch (2000-Watt-Beschlüsse). Mögen diese politischen Entscheide auch viel zu schwach sein (wie das CO_2-Gesetz) oder nicht umgesetzt werden (wie die Alpeninitiative), sie sind im Kern Suffizienzvorlagen. Sie vertragen sich nicht nur mit der liberalen Gesellschaft, sie sind auch mehrheitsfähig.

Wer sich zum Sklaven des BIP-Wachstums macht, verliert seine Freiheit. Und wer Verzicht als Folge von Sachzwängen verfügt, den Menschen das Gefühl gibt, man nehme ihnen etwas weg, ohne dass sie dazu etwas zu sagen hätten, riskiert grosse Verwerfungen. Deshalb brauchen wir dringend eine neue Wachstumsdebatte.

Aber sich abschotten und mit den Fremdenfeinden gemeinsame Sache machen, das hat keine Zukunft. •